

Besondere Bedingungen für den afc Rücklastschriftenservice

Stand: 6. Januar 2011

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand der nachfolgenden Besonderen Bedingungen für den Rücklastschriftenservice (im Folgenden „**BB-RLS**“) ist die Erbringung von Beitreibungsleistungen aus Rücklastschriften bei der Abwicklung des elektronischen Lastschriftverfahrens (im Folgenden „**ELV**“) in Deutschland durch die afc Rechenzentrum GmbH, Bültbek 27-29, 22962 Siek (im Folgenden „**afc**“) für den Vertragspartner (im Folgenden „**Kunde**“).

§ 2 Allgemeine Regelungen

1. Verträge kommen ausschließlich auf der Grundlage dieser BB-RLS und der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von afc (im Folgenden „**AGB**“) zustande. Die BB-RLS sind gegenüber den AGB vorrangig, sofern die BB-RLS den Bestimmungen in den AGB widersprechen sollten. Der Kunde erkennt diese BB-RLS mit seinem Antrag an afc auf Abschluss eines Vertrags über den in § 1 bezeichneten Vertragsgegenstand an, auch wenn sie den Geschäftsbedingungen des Kunden ganz oder teilweise widersprechen. Diese BB-RLS gelten in ihrer jeweiligen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge über den in § 1 bezeichneten Vertragsgegenstand, ohne dass afc in jedem Einzelfall den Kunden wieder auf diese BB-RLS hinweisen müsste. Die BB-RLS und AGB sind jederzeit im Internet unter www.afc.de abrufbar.

2. Die Leistungen von afc richten sich ausschließlich an Kunden, die nicht Verbraucher im Sinne von § 13 BGB sind. Die Pflichten aus § 312e Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 3, S. 2 BGB finden im Verhältnis von afc zum Kunden keine Anwendung.

3. Die Verpflichtung von afc zur Identifizierung des Kunden aus § 2.3 der AGB gilt entsprechend für den Rücklastschriftenservice (im Folgenden „**RLS**“). Die Identifizierung des Kunden ist nur dann entbehrlich, wenn diese bereits bei Abschluss eines zwischen afc und dem Kunden im unmittelbaren Zusammenhang mit der Vereinbarung des RLS zustande gekommenen Vertrags stattgefunden hat.

§ 3 Änderung dieser BB-RLS und Anpassung an gesetzliche Vorgaben

1. afc ist berechtigt, diese BB-RLS einschließlich der für die Leistungen von afc geltenden „Preisliste Dienstleistungen und Produkte“ (im Folgenden „**Preisliste**“) auch während einer laufenden Geschäftsbeziehung zu ändern. Änderungen dieser BB-RLS werden wirksam, wenn der Kunde der Änderung nicht innerhalb eines Monats nach Zugang einer Änderungsmitteilung widerspricht und afc den Kunden auf das Widerspruchsrecht und die Frist in der Änderungsmitteilung hingewiesen hat. Widerspricht der Kunde der Änderung, gelten die früheren BB-RLS weiter. afc hat das Recht, den Vertrag mit der für eine ordentliche Kündigung nach § 12.3 geltenden Frist zu kündigen. Keine Anwendung findet dieser Änderungsvorbehalt, wenn sich die Änderung auf eine Verpflichtung von afc oder des Kunden bezieht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut oder vertrauen darf (im Folgenden: „**wesentliche Vertragspflicht**“).

2. Ändern sich zwingende gesetzliche oder behördliche Rahmenbedingungen für die Erbringung der von afc unter dem Vertrag mit dem Kunden geschuldeten Leistungen und führt dies dazu, dass afc Anpassungen an diesen BB-RLS oder den unter dem Vertrag mit dem Kunden geschuldeten Leistungen vornehmen muss, ist afc berechtigt, die BB-RLS und die dem Kunden geschuldeten Leistungen hieran anzupassen, selbst wenn hiervon wesentliche Vertragspflichten betroffen sind. § 3.1 gilt für derartige Änderungen entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der ordentlichen Kündigung das Recht von afc zur außerordentlichen Kündigung des Vertrags mit dem Kunden auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der gesetzlichen oder behördlichen Rahmenbedingungen tritt.

§ 4 Leistungspflichten von afc beim RLS

1. afc übernimmt für den Kunden nach Maßgabe dieser BB-RLS die Bearbeitung und Beitreibung von Forderungen des Kunden gegen den Karteninhaber und/oder den Inhaber des Kontos, für das in Deutschland die Bank- oder Kundenkarte mit Ausnahme von Maestro- und V PAY-Karten (im

Folgenden „**Zahlkarte**“) auf den Karteninhaber ausgestellt worden ist (im Folgenden „**Kontoinhaber**“), wenn der Karteninhaber entsprechend § 8 der AGB im ELV beim Kunden einen Auftrag zum Lastschriftinzug (im Folgenden „**LS-Auftrag**“) über eine Zahlkarte erteilt hat, die dem Auftrag zu Grunde liegende Forderung des Kunden gegen den Karten- und/oder Kontoinhaber fällig ist, die Kartengesellschaft, welche die Zahlkarte ausgegeben hat (im Folgenden „**Kartengesellschaft**“), die Einlösung des LS-Auftrags wegen unzureichender Deckung, einem unberechtigten Widerspruch des Karten- oder Kontoinhabers oder Kartenmissbrauchs nicht eingelöst hat (im Folgenden „**Rücklastschrift**“), für den LS-Auftrag, welcher der Rücklastschrift zu Grunde liegt, die Voraussetzungen von § 5 erfüllt sind und weder § 10 noch § 11 einschlägig sind.

2. Sofern und soweit der Kunde die Forderung gegen den Karten- und/oder Kontoinhaber nach Maßgabe von § 7 an afc abgetreten hat, erstattet afc den sich aus der Rücklastschrift zum Nachteil des Kunden ergebenden Betrag nach Maßgabe von § 8.4 der AGB, wenn mit dem Kunden die Einziehung der Forderungen aus den LS-Aufträgen über ein zentrales Clearingkonto vereinbart ist. Anderenfalls wird afc den Betrag nach Satz 1 innerhalb von 14 Kalendertagen nach Kenntnis von der Rücklastschrift und Zugang des Originalbelegs nach § 6.2 per Überweisung auf das Konto des Kunden erstatten.

§ 5 Anforderungen an den LS-Auftrag und Forderung sowie Prüfpflichten des Kunden

1. Leistungspflichten von afc nach § 4 bestehen nur für Rücklastschriften, bei denen der zu Grunde liegende LS-Auftrag die folgenden formalen Voraussetzungen erfüllt:

- Der LS-Auftrag muss mit einer gültigen Zahlkarte einer deutschen Kartengesellschaft von einem unbeschränkt geschäftsfähigen Karteninhaber erstellt worden sein, wobei Bankleitzahl und Kontonummer vom Terminal aus der Zahlkarte ausgelesen werden müssen und nicht manuell durch den Kunden oder einen Dritten erfasst worden sein dürfen.
- Der LS-Auftrag muss vom Karteninhaber eigenhändig auf dem Beleg über den LS-Auftrag unterhalb der dort bereitgestellten rechtlichen Informationen unterschrieben worden sein. Der Beleg kann auch über ein elektronisches Pad erstellt werden.
- Der vom Karteninhaber eigenhändig unterschriebene Beleg muss oberhalb der Unterschrift in den rechtlichen Informationen eine Einwilligungserklärung enthalten, wonach der Karteninhaber damit einverstanden ist, dass bei Nichteinlösung des LS-Auftrags die Kartengesellschaft auf Anforderung des Kunden oder eines vom Kunden hiermit beauftragten Dritten Namen und Anschrift des Karteninhabers und ggf. des Kontoinhabers mitteilt.
- Die für den LS-Auftrag verwendete Zahlkarte ist vor der Erteilung des LS-Auftrags nicht in einem anderen Bezahlverfahren abgelehnt worden.
- Der LS-Auftrag ist am Tag der Erteilung, spätestens jedoch drei Tage nach Erteilung an afc entsprechend § 8.4 der AGB übermittelt worden.

2. Der Kunde versichert, dass die dem LS-Auftrag zu Grunde liegende Forderung des Kunden gegen den Karten- oder Kontoinhaber (im Folgenden „**Forderung**“) die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- Das Rechtsgeschäft, aus dem die Forderung entstanden ist, ist wirksam; es liegt insbesondere kein Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 Bürgerliches Gesetzbuch, BGB) und kein sittenwidriges oder wucherisches Rechtsgeschäft (§ 138 BGB) vor.
- Die Forderung besteht, ist fällig und durchsetzbar, vom Kunden auf Dritte übertragbar und vom Kunden oder dem Karten- oder Kontoinhaber in ihrem Bestand vor der Abtretung an afc nach Maßgabe von § 7 nicht verändert worden, insbesondere nicht durch Anfechtung, Aufrechnung, die Geltendmachung von Mängelhaftungsansprüchen oder die Ausübung eines Widerrufs- oder Rücktrittsrechts bei Verbrauchergeschäften.
- Die Forderung nicht aus einem Rechtsgeschäft entstanden ist, dass der – auch teilweisen – Auszahlung von Bargeld, Giralgeld und/oder der Ausgabe von Verrechnungs-Schecks und/oder Warengutscheinen gedient hat oder bei denen der Kunde an den Karten- oder Kontoinhaber eine andere Vergütung geleistet hat. Dies gilt entsprechend bei einer Rückgabe oder dem Umtausch von Waren.

- Die Forderung nicht aus einem Rechtsgeschäft entstanden ist, dass dem – auch teilweisen – Verkauf und/oder der sonstigen Erbringung von Wett- und Gewinnspielen, geldwerten Waren, Münzen, Briefmarken, Waffen oder Prepaid-Karten gedient hat.

3. Der Kunde versichert, dass er bei Erteilung des LS-Auftrags durch den Karteninhaber folgende Prüfungen durchgeführt hat:

- Das auf der vom Karteninhaber vorgelegten Zahlkarte aufgedruckte Gültigkeitsdatum ist nicht überschritten.
- Die vom Karteninhaber auf dem Beleg über den LS-Auftrag geleistete Unterschrift stimmt mit dem Namen und der Unterschrift auf der Zahlkarte überein. Hat der Kunde nach eigenem Ermessen Zweifel an der Übereinstimmung der beiden Unterschriften, ist eine Identitätsprüfung des Karteninhabers nach Maßgabe von § 12.6 der AGB durchzuführen.
- Etwaige für die Zahlkarte geltende, von der Kartengesellschaft vorgegebene Zahlungslimits (täglich, wöchentlich, andere Zeiträume) sind für den LS-Auftrag eingehalten und vom Kunden nicht umgangen worden.
- Überschreitet der LS-Auftrag der Höhe nach den zwischen afc und dem Kunden im Vertrag vereinbarten Höchstbetrag oder erteilt der Kontoinhaber an einem Werktag mehrere LS-Aufträge beim Kunden, ist dieser zur Durchführung einer Identitätsprüfung nach Maßgabe von § 12.6 der AGB verpflichtet und diese auch durchgeführt worden.

4. Der Kunde hat außer in den in § 5.3 genannten Fällen zur Gewährleistung der Sicherheit des ELV nach dem Zufallsprinzip in unregelmäßigen Abständen Identitätsprüfungen der Karteninhaber nach Maßgabe von § 12.6 der AGB durchzuführen. Derartige Identitätsprüfungen sollen in der Regel mindestens bei 5% der beim Kunden je Terminal erteilten LS-Aufträge durchgeführt werden. Auf Verlangen von afc hat der Kunde dies durch Vorlage geeigneter Belege nachzuweisen.

5. Hat der Kunde nach § 12.6 der AGB die Identitätsprüfung bei einem ihm nach Name und Anschrift persönlich bekannten Kunden durchgeführt, ist der Kunde verpflichtet, afc zur Erbringung der unter dem RLS geschuldeten Leistungen Namen und Anschrift des Karteninhabers mitzuteilen. Dies gilt nicht, wenn datenschutzrechtliche Bestimmungen ausnahmsweise einer Übermittlung von Namen und/oder Anschrift des Karteninhabers an afc entgegenstehen sollten.

§ 6 Aufbewahrung und Herausgabe von Belegen im Original durch den Kunden

1. Die dem Kunden erteilten Belege über die LS-Aufträge sind von diesem im Original für mindestens drei Jahre aufzubewahren, beginnend ab dem Schluss des Jahres, in dem das der Forderung zu Grunde liegende Rechtsgeschäft abgeschlossen worden ist.

2. Erfolgt die Einziehung der LS-Aufträge nach § 8.5 der AGB über ein zentrales Clearingkonto von afc und wurde die Rücklastschrift diesem Konto von afc belastet, ist der Kunde verpflichtet, afc unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von einer Woche ab Zugang einer Aufforderung durch afc beim Kunden, den dem Kunden erteilten Beleg über den LS-Auftrag an die in der Aufforderung von afc benannte Anschrift per Fax zu übermitteln. Auf gesondertes Verlangen von afc wird der Kunde unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von einer Woche ab Zugang des Verlangens beim Kunden, nach Fertigung einer beim Kunden verbleibenden Kopie den Beleg im Original per Post an afc übersenden.

3. Die Verpflichtungen des Kunden nach § 6.1 und § 6.2 bleiben von einer Beendigung oder Änderung des Vertrags über den RLS unberührt.

§ 7 Abtretung der Forderung des Kunden an afc

1. Der Kunde tritt bereits mit Zustandekommen des Vertrags über den RLS mit afc im Voraus alle Forderungen gegen den Karten- und/oder Kontoinhaber an der diese Abtretung hiermit annehmenden afc ab, bei denen der LS-Auftrag von der Kartengesellschaft nicht eingelöst worden ist. Die Abtretung erfolgt in Höhe des Betrags der Rücklastschrift und erfasst ggf. neben der Forderung auch die dem Kunden durch die Rücklastschrift entstandenen Kosten.

2. Mit der Abtretung wird afc Inhaberin der Forderung gegen den Karten- und/oder Kontoinhaber. Der Kunde ist nach der Abtretung der Forderung an afc zur Geltendmachung derselben gegenüber dem Karten- und/oder Kontoinhaber nicht mehr berechtigt. Sämtliche Leistungen des Kunden auf die Forderung stehen nach der Abtretung ausschließlich afc zu. Erfolgen nach der Abtretung der Forderung Zahlungen durch den Konto- oder Karteninhaber oder werden solche Zahlungen angeboten, hat der Kunde die Zahlungen entgegenzunehmen sowie unverzüglich afc von der Zahlung in Kenntnis zu setzen und diese an afc weiterzuleiten.

§ 8 Beitreibung der Forderung durch afc

1. afc ist nach der Abtretung berechtigt, die Forderung im eigenen Namen gegenüber dem Karten- und/oder Kontoinhaber außergerichtlich und gerichtlich geltend zu machen und die Abtretung der Forderung offenzulegen.

2. afc ist nach der Abtretung als Inhaberin der Forderung berechtigt, Dritte mit der Beitreibung der Forderung zu beauftragen, die Forderung erneut abzutreten oder an einen Dritten zu verkaufen.

§ 9 Preise und Zahlungsbedingungen

1. Die Vergütung für die von afc beim RLS erbrachten Leistungen beträgt vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung mit dem Kunden 0,30% vom jeweiligen Umsatz mind. 0,08 € je Transaktion bei einem Mindestumsatz von 5 (fünf) Euro je Kalendermonat. Sämtliche von afc genannten Preise verstehen sich zzgl. der Mehrwertsteuer in gesetzlicher Höhe zum Zeitpunkt der Leistungserbringung.

2. Die Vergütung nach § 9.1 wird vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung mit dem Kunden jeweils zum dritten Werktag eines Monats nach Rechnungsstellung durch afc fällig.

3. Die Zahlung der Rechnungen durch den Kunden erfolgt per Lastschrift. **Der Kunde ermächtigt afc, den jeweiligen Rechnungsbetrag von dem im Antrag benannten Bankkonto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung ist jederzeit frei widerruflich.** Sollte die Einzugsermächtigung vom Kunden widerrufen werden oder sonst unwirksam sein, behält sich afc vor, für jede Zahlung eine Bearbeitungsgebühr nach Maßgabe der Preisliste in der im Zeitpunkt der Leistungserbringung gültigen Fassung zu berechnen; dem Kunden bleibt der Nachweis vorbehalten, dass afc insoweit nur ein wesentlich geringerer oder gar kein Schaden entstanden ist.

4. Für die Übersendung der monatlichen Rechnungen gilt § 11.4 der AGB entsprechend.

§ 10 Begrenzung der Leistungspflichten von afc

1. Der maximale Leistungsbetrag von afc für Rücklastschriften, der aus LS-Aufträgen am gleichen Kalendertag (falls abweichend hiervon am gleichen Arbeitstag) mit derselben Zahlkarte an demselben Standort des Kunden (Anschrift) entstanden ist, ergibt sich aus dem Vertrag mit dem Kunden.

2. Der maximale Leistungsbetrag von afc für alle Rücklastschriften in einem Kalendermonat (im Folgenden „**Gesamtleistungsbetrag**“) ergibt sich ebenfalls aus dem Vertrag mit dem Kunden. Unabhängig hiervon ist der Gesamtleistungsbetrag stets beschränkt auf 5 (fünf) Prozent des Umsatzes des Kunden mit LS-Aufträgen im jeweiligen Kalendervormonat.

3. afc ist berechtigt, bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 8.8 der AGB einzelne Zahlkarten vom RLS auszuschließen. Der Ausschluss wird mit Zugang einer Mitteilung hierüber beim Kunden wirksam.

4. Sind afc Umstände bekannt, die den Verdacht begründen, dass ein Terminal wiederholt zur Rechtswidrigen Erteilung von LS-Aufträgen im ELV und/oder zur Begehung von Straftaten missbraucht wird, ist afc berechtigt, auch ohne Zustimmung für dieses Terminal neue, nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) von afc festgelegte Grenzen („Floor-Limits“) für die über das Terminal möglichen Bezahlfverfahren festzulegen. Hierüber wird afc den Kunden unverzüglich unter Mitteilung der Verdachtsmomente in Kenntnis setzen; dies gilt nicht, wenn sich der Verdacht auch auf eine Mitwirkung des Kunden an den missbräuchlichen Handlungen erstreckt und hierdurch Ermittlungsmaßnahmen gegen den Kunden erschwert werden könnten.

§ 11 Ausschluss der Leistungspflichten von afc

1. Die Leistungspflichten von afc nach Maßgabe dieser BB-RLS sind ausgeschlossen, wenn der Kunde gegen die Anforderungen und Prüfpflichten bei Erteilung des LS-Auftrags nach Maßgabe der §§ 5.1 bis 5.3 verstoßen hat, der Beleg im Original vom Kunden unter Verstoß gegen § 6.2 nicht oder nicht rechtzeitig an afc übermittelt worden ist oder der Kunde die ihm durch § 9 auferlegten Pflichten bei Warenrückgaben und Erstattungen an den Karteninhaber verletzt hat. Dies gilt nicht, wenn der Kunde die jeweilige Zuwiderhandlung gegen die vorgenannten Bestimmungen dieser BB-RLS nicht zu vertreten hat.

2. Die Leistungspflichten von afc nach Maßgabe dieser BB-RLS sind ausgeschlossen, wenn der Kunde gegen andere, mit ihm vereinbarte ergänzende Bedingungen für die Entgegennahme von LS-Aufträgen, beispielsweise die Verpflichtung zur Identitätsprüfung bei Überschreitung eines bestimmten Zahlungsbetrags oder die Ablehnung von LS-Aufträgen bei der Unterschreitung eines bestimmten Zahlungsbetrags, verstoßen hat. Dies gilt nicht, wenn der Kunde die jeweilige Zuwiderhandlung gegen die mit ihm vereinbarten ergänzenden Bedingungen nicht zu vertreten hat.

3. Die Leistungspflichten von afc nach Maßgabe dieser BB-RLS sind ausgeschlossen, wenn die Kartengesellschaft gegenüber dem Kunden oder afc schriftlich erklärt, dass die Unterschrift auf dem Beleg über den LS-Auftrag nicht mit der bei der Kartengesellschaft vom Karteninhaber hinterlegten Unterschrift übereinstimmt. Dies gilt ebenso, wenn der Karteninhaber gegenüber dem Kunden oder nach Offenlegung der Abtretung gegenüber afc Einwendungen erhebt, die das dem LS-Auftrag zu Grunde liegende Rechtsgeschäft betreffen.

4. Die Leistungspflichten von afc nach Maßgabe dieser BB-RLS sind ausgeschlossen, wenn der der LS-Auftrag vom Kunden zu einem Zeitpunkt entgegen genommen worden ist, in dem das genutzte Terminal offline, also nicht mit afc verbunden gewesen ist, und deshalb der LS-Auftrag und die hierfür verwendete Zahlkarte des Karteninhabers nicht auf etwaige eine etwaige Sperrung oder sonstige Umstände geprüft werden konnten, die zu einer Ablehnung des LS-Auftrags geführt hätten.

4. afc wird den Kunden über den Ausschluss der Leistungspflicht nach §§ 11.1 bis 11.4 unter Angabe der Gründe innerhalb von einer Woche ab Kenntniserlangung von der Rücklastschrift und den Umständen, die den Ausschluss der Leistungspflicht begründen, informieren. Sollte afc zu diesem Zeitpunkt bereits Leistungen nach dem RLS an den Kunden erbracht oder die Einziehung des von der Rücklastschrift betroffenen LS-Auftrags nach § 8.5 der AGB über ein zentrales Clearingkonto von afc erfolgt und die Rücklastschrift diesem Konto von afc bereits belastet worden sein, gilt § 8.6 der AGB entsprechend.

§ 12 Vertragsdauer und Kündigung

1. Der Vertrag über den RLS beginnt mit Unterzeichnung des Vertrags durch beide Parteien, jedoch nicht vor einem dort ggf. für den Vertragsbeginn bezeichneten abweichenden Datum und auch nicht vor der Inbetriebnahme des ersten Terminals beim Kunden.

2. Der Vertrag über den RLS läuft auf unbestimmte Zeit. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 6 (sechs) Monate.

3. Der Vertrag über den RLS kann von beiden Parteien mit einer Frist von 10 (zehn) Kalendertagen zum Monatsende gekündigt werden, jedoch nicht vor Ablauf der Mindestvertragslaufzeit. Er endet automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn der Vertrag zwischen den Parteien über die Erbringung von Abrechnungsservices endet.

4. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt für afc insbesondere dann vor, wenn der Kunde wiederholt trotz Abmahnung durch afc seinen Pflichten aus diesen BB-RLS schuldhaft zuwiderhandelt

5. Abweichend von §§ 12.3 und 12.4 ist afc berechtigt, den Vertrag bis spätestens zum 10. (zehnten) Kalendertag eines Monats mit einer Frist von 10 (zehn) Kalendertagen zu kündigen, wenn die auf Forderungen des Kunden aufgelaufenen Rücklastschriften den Gesamtleistungsbetrag von afc nach § 10.2 im Kalendervormonat überschritten haben. Als Alternative zu einer Kündigung kann afc dem Kunden anbieten, durch verschiedene, in Abstimmung mit dem Kunden und auf dessen Kosten

umzusetzende Maßnahmen die Rücklastschriften mindestens auf den Gesamtleistungsbetrag nach § 10.2 zurückzuführen. Zu diesem Zweck können die Betragsgrenzen für die Durchführung von Identitätsprüfungen nach § 11.6 und/oder die Grenzwerte („Floor-Limits“) für die Autorisierung von Zahlungen geändert oder beim Kunden ein alternatives Zahlungssystem unter Abfrage der PIN des Karteninhabers (z.B. electronic cash/girocard) eingeführt werden.

6. Andere zwischen dem Kunden und afc abgeschlossenen Verträge bleiben von einer Kündigung des RLS durch eine der Parteien unberührt.

§ 13 Haftung von afc

Die Haftung von afc für die unter dem Vertrag über den RLS erbrachten Leistungen richtet sich nach §§ 13 und 14 der AGB.

§ 14 Schlussbestimmungen

1. afc kann die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag über den RLS auf Dritte übertragen. Sollte afc von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wird der Kunde hierüber mindestens einen Monat vor der beabsichtigten Vertragsübergabe durch afc in Kenntnis gesetzt. Der Kunde ist berechtigt, den Vertrag über den RLS mit afc auf den Zeitpunkt der Vertragsübergabe mit einer Frist von einem Monat ab Zugang der Mitteilung über die Vertragsübergabe zu kündigen.

2. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen des Vertrags einschließlich dieser BB-RLS bedürfen der Schriftform, ebenso etwaige von den Parteien nach Vertragsschluss abzugebende rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Die Schriftform wird auch durch Fax und E-Mail gewahrt. Auf Verlangen der empfangenden Partei hat die erklärende Partei die Erklärung unverzüglich schriftlich (§ 126 Abs. 1 BGB) zu bestätigen.

3. Ist der Kunde Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten der Sitz von afc. afc ist berechtigt, alternativ Klage am allgemeinen Gerichtsstand des Kunden zu erheben.

4. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Sofern von diesen BB-RLS oder dem Vertrag Abschriften in anderen Sprachen als deutsch gefertigt worden sein sollten, ist allein die deutsche Fassung für afc und den Kunden verbindlich.

5. Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages über den RLS einschließlich dieser BB-RLS ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Anstelle der unwirksamen oder fehlenden Bestimmungen treten die gesetzlichen Regelungen.